



UMWELTGERECHTIGKEIT

Leiden arme Menschen stärker unter Verkehrslärm? Sind sie einer höheren Schadstoffbelastung ausgesetzt? Ist der Zugang zu Natur, Energie, gesunder Ernährung und einem attraktiven Wohngebiet Luxus, den sich nur noch besser gestellte Schichten leisten können? Diese Fragen nach der sozialen und räumlichen Ungleichverteilung von Umweltnutzen und -belastungen werden in den USA seit den 1980er Jahren unter den Begriffen „Environmental Justice“ und „Ecological Justice“ diskutiert. In Deutschland wird der Zusammenhang zwischen Biodiversität und Lebensqualität, sozialer Gerechtigkeit sowie gesundheitlicher Chancengleichheit seit Anfang dieses Jahrtausends unter dem Begriff „Umweltgerechtigkeit“ betrachtet.

Können wir nicht alle nachhaltig leben?

Die Entscheidung, ein LOHAS („Lifestyles of Health and Sustainability“) zu sein, ihre Lebensweise auf Gesundheit und Nachhaltigkeit auszurichten, stellt sich für viele Menschen gar nicht. Fehlende Bildung und Aufklärung sowie unzureichende Finanzen hemmen Interesse und umweltbewusstes Handeln. Die Bevölkerungsgruppen, deren Lebensweise Natur und Umwelt eher weniger beeinträchtigen, sind leider vielfach am stärksten von den Folgen einer abnehmenden Umweltqualität betroffen.

Wo keiner wohnen will...



Wohnen direkt an der Berliner S-Bahn
© Ruth Rodoph, www.pixelio.de

Wer nicht durch Feinstaub und Stickoxide seine Gesundheit belasten und nachts ruhig durchschlafen möchte, zieht nach Möglichkeit raus ins Grüne. Nicht umsonst sind die Mietpreise in sozial benachteiligten Vierteln niedriger, ist man dort doch häufig Lärm und Luftschadstoffen durch Verkehr und Industrie ausgesetzt. Auch kommt man von dort schlecht weg – es fehlen die guten Anbindungen ans Öffentliche Personennahverkehrsnetz (ÖPNV). Und zu Hause erwarten einen möglicherweise Feuchte, Schimmel und schlechte Innenraumluft, verursacht durch alte Bausubstanz, ungenügende Wärmeisolierung, ineffiziente Heizungen und Energiearmut. Wer seine hohen Strom- und Heizrechnungen, z. T. verursacht durch alte und ineffiziente Elektrogeräte, kaum noch bezahlen kann, spart natürlich beim Heizen und Lüften. Die Innenraumluft verschlechtert sich, Gesundheit und seelisches Wohlbefinden sind gefährdet. Ein negativer Kreislauf. Die Lösungen sind jedoch vielfältig. Maßnahmen zur Lärm- und Schadstoffminderung, der Ausbau des ÖPNV sowie attraktiv gestaltetes Fahrrad- und Fußwege können die Lebensqualität erhöhen. Sozialverträglich durchgeführte energetische Sanierungen fördern Gesundheit und Klimaschutz. Kommunen können einkommensschwachen Haushalten durch Aufklärung, Beratung, Bildungsangebote und finanzielle Unterstützung helfen.

Wer nicht durch Feinstaub und Stickoxide seine Gesundheit belasten und nachts ruhig durchschlafen möchte, zieht nach Möglichkeit raus ins Grüne. Nicht umsonst sind die Mietpreise in sozial benachteiligten Vierteln niedriger, ist man dort doch häufig Lärm und Luftschadstoffen durch Verkehr und Industrie ausgesetzt. Auch kommt man von dort schlecht weg – es fehlen die guten Anbindungen ans Öffentliche Personennahverkehrsnetz (ÖPNV). Und zu Hause erwarten einen möglicherweise Feuchte,

Schimmel und schlechte Innenraumluft, verursacht durch alte Bausubstanz, ungenügende Wärmeisolierung, ineffiziente Heizungen



Feuchte und Schimmel treten häufig in unsanierten Wohnungen auf
© Laura Klein

Grün in der Stadt – Natur(schutz) gerecht verteilt?



Der Tiergarten – die grüne Lunge Berlins
© Mathias Klingner, www.pixelio.de

Wie soll der Stadtbewohner Natur erleben, wenn das unmittelbare Wohnumfeld eine Betonwüste und das einzige Grün das Abstandsgrün zwischen den Wohnblocks ist? Im städtischen Umfeld sind die Menschen auf öffentliche Parks, (Schreber)Gärten und Stadtwälder angewiesen. Einkommensschwache Gruppen haben jedoch häufig keinen oder keinen leichten Zugang zu wohnungsnahen und lebenswerten Erholungsräumen. Natur erbringt vielfältige (Ökosystemdienst)Leistungen. Vegetation verbessert das städtische



Mikroklima, durch Beschattung, Verdunstungs- und Filterfunktion von Staub- und Lärmemission. Grün in der Stadt dient der Naherholung, der Bewegung, stärkt Gesundheit und Seele, stellt wichtige Kommunikationspunkte für Alt und Jung dar und stärkt die Stadtteilidentität. Grün- und Freiflächen in Städten und speziell in sozial benachteiligten Quartieren müssen daher verstärkt qualitativ und quantitativ aufgewertet werden, positive Beispiele sind Interkulturelle Gärten.

Synergien für Umweltgerechtigkeit auf kommunaler Ebene

Als Querschnittsthema betrifft Umweltgerechtigkeit fast alle Abteilungen einer Stadtverwaltung, daher sollten sich z. B. Umweltamt, Sozialamt und Stadtplanungsamt vernetzen. Verwaltungsspitzen und politische Vertretungen der Kommunen sollten die gemeinsame Arbeit unterstützen. Soziale, gesundheitliche und naturschutzfachliche Aspekte und Akteure vereinen sich u. a. bei der Arbeit an Schulen in sozialen Brennpunkten. Die Möglichkeit, z. B. in einem Schulgarten die Natur zu gestalten und zu erforschen, ist besonders für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche für deren Entwicklung, Verständnis und Koordination essentiell.

Was ist ökologische Gerechtigkeit?

Im Vergleich zu anthropogen geprägten Umweltgerechtigkeit thematisiert „Ökologische Gerechtigkeit“ neben der sozialen Verteilungsgerechtigkeit verstärkt die Beziehung zwischen Mensch und Natur, die Rechte aller Lebewesen. Die Fragen „Wer trägt die hohen Umweltkosten der konsumorientierten Gesellschaft?“ und „Wer trägt die Verantwortung?“ stehen im Vordergrund. Denn (Umwelt-)Belastungen durch Produktion und Konsum von Wirtschaftsgütern werden weder von den Verursachern getragen noch fühlen sie sich verantwortlich. Diese Aufgabe muss die Gesellschaft übernehmen, man spricht von der Externalisierung privater Kosten. Das Konzept der ökologischen Gerechtigkeit richtet sich gegen die externalisierende Behandlung der Natur.

Internationale (Klima)gerechtigkeit – jetzt

Auch auf globaler Ebene sind die Leitragenden von Umweltbelastungen nicht deren Verursacher. Unabhängig davon, ob es um die Abholzung der letzten Urwälder, die Zerstörung von Naturlebensräumen durch Industrie und Energiewirtschaft oder um Landnutzungswandel z. B. für Landwirtschaft geht. International treffen die Auswirkungen des Klimawandels vor allem die ärmsten Länder, während der Klimawandel in erster Linie von den reichsten Ländern verursacht wird. Die Klimaschulden sind global zwischen Nord und Süd ungerecht verteilt. Die Industrieländer müssen ihren Anteil am Klimawandel anerkennen und ihre Emissionen drastisch senken. Sie müssen die Kosten für die produzierten Treibhausgasemissionen und die daraus resultierenden Schäden sowie für die Anpassung an den Klimawandel tragen. Entwicklungsländer benötigen Finanzhilfen und Technologietransfer von Industrieländern, um den bereits vorhandenen und zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen.



Durch den fortschreitenden Klimawandel werden Extremereignisse, wie z. B. Hochwasser, häufiger auftreten.
Elbeflut am Fischmarkt in Hamburg
© Slawomir Podskrob, www.pixelio.de

Zusammenfassung

Der Zusammenhang zwischen Sozialstatus, Gesundheitsbelastungen, Umwelt- bzw. Naturqualität und damit auch Lebensqualität muss in Politik und Stadtplanung fokussiert werden. Umwelt- und Naturschutz kann nur bereichsübergreifend mit Energie-, Gesundheit-, Bildungs-, und Sozialpolitik erfolgreich sein. Nachhaltige Lebensstile und eine integrative Gerechtigkeit sollten national und global vermehrt gefördert werden.

Literatur:

- HORNBERG, C., BUNGE, C. & PAULI, A. (2001): Strategien für mehr Umweltgerechtigkeit – Handlungsfelder für Forschung, Politik und Praxis. – Bielefeld. – Universität Bielefeld (Hrsg.)
- BUNGE, C., GEBUHR, K., FIACK, S., WOLF, U., JAHRAUS, H. & SCHREIBER, H. (2008): II. Themenheft "Umweltgerechtigkeit". – Berlin. – Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Robert Koch-Institut (RKI), Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.)